Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 16

Artikel: Die Stimme seines Meisters : Moskau und Warschau gegen Prag

Autor: Revesz, Laszlo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076567

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Stimme seines Meisters

Moskau und Warschau gegen Prag, von Laszlo Revesz

Mit welcher ideologischen Verbrämung die Sowjetunion ihren politischen Druck auf die Tschechoslowakei untermauert, zeigen die nachfolgenden Ausführungen. Es geht um die Frage der «nationalen Form» und des «sozialistischen Inhaltes», mit welchen Begriffen das sowjetische Bestimmungsrecht im kommunistischen Herrschaftsbereich nur unzulänglich getarnt wird, ein Hinweis, der nach Cierna und Bratislava nicht überflüssig geworden ist.

Der Vergleich des sowjetischen Verhaltens gegenüber den ungarischen Reformbestrebungen 1956 und den tschechoslowakischen von heute deckt mehrere wichtige Unterschiede auf. Vor zwölf Jahren kümmerte sich die sowjetische Führung wenig um allfällige Reaktionen der Weltöffentlichkeit oder der anderen kommunistischen Parteien; letztere waren ohnehin noch den stalinistischen Untertanenverhältnissen verhaftet. Und die Sowjetunion hatte noch kein weltweites Engagement zur Ueberwindung ihrer politischen Isolierung aufgebaut. Die Sowjetunion erteilte den Ungarn noch keine theoretischen Lektionen über Bedeutung und Grenzen des «proletarischen Internationalismus» oder die dialektische Verbindung der Begriffe «Souveränität» und «sozialistische Einheit». Als die in Ungarn stationierten Truppen am 23./24. Oktober mit den «Aufständischen» sympathisierten, wurden die Streitkräfte neu gruppiert. Als der Nachschub bereitstand, schlug die Sowjetunion am 4. November brutal zu.

Inzwischen ist viel Wasser durch die Wolga geflossen. Die Sowjetunion hat im asiatischen Indien Fuss gefasst, sich aber mit dem kommunistischen China entzweit; sie hat ihre Präsenz im Mittelmeer verstärkt; sie ist in Europa salonfähig geworden. Der andauernd bekundete Wille zur friedlichen Koexistenz stösst nicht mehr überall auf Unglauben. Daher sind Rücksichten nötig geworden, die Chruschtschew 1956 noch nicht nehmen musste.

Man spricht in Moskau nicht mehr vom «sozialistischen Lager», sondern von der «sozialistischen Arbeitsgemeinschaft», um die Souveränität und Unabhängigkeit der ehemaligen Satelliten zu unterstreichen.

Innenpolitik im Herrschaftsbereich

Es ist lediglich das Parteiprogramm der KPdSU von 1961, das eine dialektische Auslegung der Begriffe ermöglicht. Interessanterweise wird die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien ausserhalb des «sozialistischen Weltsystems», also etwa Westeuropas oder Afrikas, im aussenpolitischen ersten Teil geregelt, diejenige mit den Parteien innerhalb der «Arbeitsgemeinschaft», also Polens, Ungarns, Rumäniens usw., aber im innenpolitischen zweiten Teil. Dementsprechend gibt es im Zentralkomitee der KPdSU zwei Abteilungen für die Beziehungen mit kommunistischen Parteien: eine für die Staatsparteien in Ländern mit kommunistischen Regimes, eine andere für Oppositionsparteien in Ländern mit nichtkommunistischen Regierungen.

Diese aufgeteilte Zuständigkeit widerspiegelt die Abhängigkeit kommunistischer Parteien von Moskau. Die italienischen oder französischen Kommunisten etwa müssen freier sein und beweglicher auf ihre nationalen Verhältnisse eingehen können, wenn sie Erfolgchancen wahren sollen. Die polnischen oder ungarischen Kommunisten sollen stärker an der Generallinie festhalten, wenn sie nicht von der Macht verdrängt werden wollen.

Wer sich dieses Unterschiedes in der Behandlung der «freien» und «gebundenen» Parteien bewusst bleibt, versteht etwa die Erklärung Aussenminister Gromykos auf der Junisession des Obersten Sowjets viel besser: «*Kurzsichtig und vergeblich sind die Berechnungen jener, welche sogar ein Glied aus der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft herausbrechen wollen. Die sozialistische Arbeitsgemeinschaft erlaubt dies nicht. Die Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Staaten ist ein unzerreissbares Ganzes.*» («Prawda», 28. 6. 1968.)

Parteichef Breschnew hat diesen Gedanken anlässlich des sowjetisch-ungarischen Freundschaftstreffens anfangs Juli in Moskau weitergeführt. Er sprach davon, dass die kommunistische Ordnung in den verschiedenen Ländern unter unterschiedlichen Bedingungen aufgebaut werden müsse. Das seien Unterschiede der Form. «*Aber dabei werden die sozialistischen Staaten durch einheitliche Prinzipien, durch die für alle gleiche soziale, wirtschaftliche und politische Grundlage verbunden. Auch bei der grösseren Vielfalt der Formen, bei der nationalen Eigenart dieses oder jenes Landes bleibt die Grundlage immer unverändert; wenn es eine solche nicht gibt, gibt es keinen Kommunismus.*» Breschnew bezog sich hierbei auf Lenin, der den unterschiedlichen nationalen Formen den gleichbleibenden sozialistischen Inhalt gegenüberstellte. Konkret ausgedrückt: Die Tschechen dürfen tschechisch reden, aber sie müssen kommunistische Begriffe verwenden.

Neben der ostdeutschen war es vor allem die polnische Parteiführung, die sich bedingungslos hinter Moskau stellte. In den Thesen zum 5. Parteikongress, die am 13. Juli in der «Trybuna Ludu» veröffentlicht wurden, wird festgehalten, dass sich der Kampf zwischen Kommunismus und Kapitalismus *zugespitzt* habe. Daher dürfe keine kommunistische Partei und kein sozialistisches Land «*die eigene Politik in internationalen Angelegenheiten ohne Rücksicht auf die freiwillig (sic!) aufgenommenen Bündnisverpflichtungen und auf die Meinung und Politik anderer Parteien und sozialistischen Staaten festlegen*».

Die Haltung Warschaus

Vier Tage später präzisierte Ministerpräsident und Politbüro-Mitglied Cyrankiewicz: «*Mit tiefer Besorgnis blicken wir auf unseren südlichen Nachbarn, auf die Tschechoslowakei ... In letzter Zeit begannen Elemente ihren Kopf zu erheben, die direkt gegen die Führungsrolle der Kommunistischen Partei gerichtet sind. Diese propagieren den Grundsatz der bürgerlichen Demokratie und beginnen, die Einheit mit den Ländern des Sozialismus zu untergraben. Es kann keine Rückkehr zur Zeit vor 1938 oder sogar vor 1948 geben ... Wir können nicht annehmen, dass feindliche Kräfte die Tschechoslowakei vom sozialistischen Weg abhalten, sie aus der sozialistischen Völkergemeinschaft herausreissen wollen. Das ist nicht die Angelegenheit eines einzelnen Landes, sondern aller Parteien und Staaten, welche durch Bündnis, Zusammenarbeit und Freundschaft miteinander verbunden sind, welche sich im Warschauer Pakt zusammenschlossen, um Unabhängigkeit, Frieden und Sicherheit in Europa zu garantieren.*»

Aus diesen Stellungnahmen der Zentrale Moskau und dem moskautreuen Polen zeigen sich

- die Grenze der Unabhängigkeit der kommunistischen Parteien,
- der Wert der Koexistenz im Rahmen der «sozialistischen Arbeitsgemeinschaft» und
- das Spiel mit den Begriffen Form und Inhalt.

Die Unabhängigkeit der «Bruderparteien» beschränkt sich auf die operativen Fragen. Grundsätzliche Fragen müssen kollektiv, das heisst unter Führung Moskaus, gelöst werden. Die «souveränen Volksdemokratien» und ihre Parteien befinden sich mithin etwa in einer ähnlichen Lage wie die 15 Unionsrepubliken der Sowjetunion. Die Verfassungen von 1918 und 1924, ferner der Ende 1922 abgeschlossene Vertrag zwischen der RSFSR, der Ukraine, Weissrussland und der Kaukasus-Föderation über die Gründung der Sowjetunion sowie schliesslich die geltende Verfassung von 1936 garantieren eindeutig das Recht aller Unionsrepubliken auf Sezession. Trotzdem wird jede Stellungnahme gegen die Einheit des Staates im geltenden Gesetz über die Staatsdelikte von Ende 1958 zum Kapitalverbrechen erklärt. Die Ideologie betont das Recht auf Trennung aller Nationen, fügt jedoch bei (und hebt dieses Recht wieder auf), dass es die Aufgabe des Kommunismus sei, grosse internationale Staaten zu bilden, nicht multinationale Gebilde in Nationalstaaten aufzuspalten.

Auch den sowjetischen Unionsrepubliken ist erlaubt, für den gemeinsamen sozialistischen Inhalt unterschiedliche nationale Formen zu prägen, wobei allerdings die nationalen immer mehr durch internationale Formen ersetzt werden.

Die Frage, wann ein Formenunterschied den sozialistischen Inhalt tangiert, kann und soll theoretisch nicht beantwortet werden. Es ist Moskau, dem die allgemeinverbindliche Interpretation vorbehalten ist, das die Frage praktisch beantwortet. Richtschnur bleibt das sowjetische Interesse. Wird die Sicherheit oder der Herrschaftsanspruch der Sowjetunion berührt, stehen nicht mehr Fragen der Form, sondern des Inhaltes zur Diskussion. Die örtlich unterschiedliche Festlegung der Formenelemente kann man anhand des rumänischen und tschechoslowakischen Beispiels klar aufzeigen. Weil in der Tschechoslowakei sowjetische Raketenstützpunkte bestehen und das Land eine strategisch wichtige Funktion im Warschauer Pakt hat, werden den tschechoslowakischen Formeigenheiten wesentlich engere Grenzen gesetzt als den rumänischen. ■